BUCH ZWEI

Scheinwirtschaft

Geschätzt hundert Milliarden Euro werden jedes Jahr in Deutschland gewaschen. Wie kann das sein? Ein Report über reiche Hartz-IV-Empfänger, machtlose Ermittler – und den Kampf eines Ehepaares aus Pforzheim gegen die organisierte Kriminalität

VON MEIKE SCHREIBER, JAN WILLMROTH UND MARKUS ZYDRA

Es ist halb vier in der Nacht, als der Wecker klingelt und Andreas Frank sich aufmacht, das Land zu retten. Er zieht einen dunklen Anzug an und nimmt die schwarze Aktentasche, er steigt ins Auto und verlässt sein Anwesen, fährt durch die Dunkelheit von Pforzheim zum Stuttgarter Flughafen. Auf der Straße ist er allein, im Radio läuft der Deutschlandfunk. Frank hat einen großen Puffer eingeplant, das tut er immer. Am Flughafen isst er Buttercroissant, trinkt Kaffee, liest Zeitung. Nach der Landung in Berlin-Tegel nimmt er den Bus in die Stadt. Es wird wieder einer dieser langen Tage, die am Ende nicht viel bringen werden. Andreas Frank weiß das, er hat sich daran gewöhnt.

Der Bus biegt hier in eine schicke Straße, die beliebt ist bei Besuchern, und dort in eine traditionsreiche Allee, begehrt bei Wohnungssuchenden. Die Szenerie könnte aus einem Werbevideo stammen, alles ist harmonisch und friedlich, harmlos im besten Sinn. Aber Andreas Frank erkennt hier kein städtisches Idyll, er kann die schicken Häuser nicht sehen, ohne sich zu fragen: Wem gehören die, und mit welchem Geld wurden sie bezahlt? Er weiß, dass viele Immobilien, in der Stadt, im ganzen Land, ihren Eigentümern nur einem einzigen Zweck dienen. Einem, der auch erstmal harmlos klingt: Geldwäsche. Das Geld, das dabei gewaschen wird, stammt aus organisierten Verbrechen wie Zwangsprostitution, Diebstahl, Drogenhandel.

Deutschland habe sich zum Paradies für Geldwäscher entwickelt, sagt Andreas Frank

Illegales Geld, das zu legalem wird, über Wege, die gar nicht mal verschlungen sein müssen. Das alles in Deutschland? „Gerade in Deutschland", sagt Andreas Frank. Das Land habe sich zum Paradies für Geldwäscher aus der ganzen Welt entwickelt – weil es ihm wirtschaftlich so gut gehe, „und weil der Rechtsstaat immer noch gut funktioniert", sagt Frank und meint: Es braucht Beweise, um Kriminelle zu überführen, und das ist in Geldwäschefällen bei der geltenden Rechtslage sehr schwer.

In Deutschland sollen mehr als 50, wahrscheinlich sogar mehr als 100 Milliarden Euro jährlich gewaschen werden, ergab 2015 eine Dunkelfeldstudie der Universität Halle über Geldwäsche im Nicht-Finanzsektor. Weltweit, so schätzt Europol, sind es bis zu 1,87 Billionen, das wären umgerechnet fünf Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Konkrete Zahlen gibt es nicht. Im vergangenen Jahr musste die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag hin zugeben, das Ausmaß der Geldwäsche im deutschen Immobiliensektor nicht abschätzen zu können. Das Potenzial sei allerdings „als hoch zu bewerten".

Die große Geschichte der Geldwäsche handelt von mächtigen, anonymen Institutionen: auf der einen Seite der Rechtsstaat und die EU, auf der anderen die Mafia, Clans und anderes organisiertes Verbrechen. Aber es ist auch eine kleine, persönliche Geschichte. Der wohl eifrigste Kämpfer gegen Geldwäsche sitzt nicht in einer Behörde, sondern im Bus, diesmal auf dem Weg zu einer Konferenz von Transparency International, einer Organisation, die Geldwäsche und Korruption bekämpft. Solche Reisen zahlt er aus eigener Tasche.

Andreas Frank ist 67 Jahre alt, ein großer, kräftiger und doch schlanker Mann, das Haar leicht ergraut und ordentlich frisiert. Er war einmal Banker bei Goldman Sachs, arbeitete in New York. Die Wall Street mag damals noch einen besseren Ruf als heute gehabt haben, aber als menschenfreundlich galt sie nie. Nachts träumte er von der Verantwortung seinen Kunden gegenüber. Erst als er sich selbständig machte, Chef der eigenen Vermögensverwaltung wurde, schlief er wieder ruhig. Von Mitte der Neunziger an hat er sich selbst zum Geldwäsche-Experten ausgebildet. Heute ist er Sachverständiger im Bundestag, im EU-Parlament und im Europarat; Fernsehsendern gibt er Interviews, er reist zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nach Paris, nach Washington zu Fachtagungen im US-Kongress, hält Vorträge, appelliert. Seine Botschaft: „Wenn wir jetzt nichts gegen Geldwäsche tun, ist die Demokratie in Deutschland verloren."

Wer seinen Spuren durch die Institutionen und seinen Briefen durch die Ämter folgt, begegnet nicht nur den Genervten und Ohnmächtigen, die nichts unternehmen wollen oder können. Man begleitet einen Mann beim Kampf seines Lebens.

Die klassische Strategie seiner Gegner sieht so aus: Ein paar Zehntausend Euro in bar, etwa aus dem Verkauf von Kokain, geben ihre Handlanger für teuren Schmuck aus oder verbuchen sie in Pizzerien als Umsatz. So wird das Geld platziert. Mit dem Weiterverkauf der Juwelen oder der Überweisung des Pizza-Umsatzes auf andere Konten verschleiern sie den Ursprung des Geldes. Die Hintermänner selbst investieren dieses Vermögen dann in Immobilien oder Autos. Man kann ihnen am Ende schwer nachweisen, dass sie je mit dem illegalen Geld in Verbindung gestanden haben.

› *Fortsetzung auf folgender Seite*

Seit 25 Jahren versuchen Andreas und Dagmar Frank, vor den Ausmaßen von Geldwäsche zu warnen.

FOTOS: OH

FOTOS: SHUTTERSTOCK/PRIVAT; COLLAGE: CHRISTIAN TÖNSMANN

› *Fortsetzung von Seite 11*

Man nehme eines der Gebäude in der schicken Berliner Straße. Ein Berliner Ermittler sagt: Wenn man den gesamten Kaufpreis in bar auf den Tisch lege, frage keiner, wo man das herhabe. Auch sei das Steuergeheimnis in Deutschland ein so hohes Gut, dass Steuererklärungen nicht eingesehen werden dürften. So habe man sich daran gewöhnt, dass Clan-Mitglieder ihre Hartz-IV-Anträge im Jobcenter mit drei Rolex-Uhren am Handgelenk abgeben.

Geldwäscher nutzen aus, dass im deutschen Strafrecht immer eine Vortat vonnöten ist, um Geldwäsche verfolgen zu können. Es braucht handfeste Beweise für Verbrechen wie etwa Betrug, Menschenhandel oder Drogenschmuggel, sogenannte Katalogstraftaten. Ein leitender Oberstaatsanwalt aus einer deutschen Großstadt sagt: „Wir sehen häufig gewaschenes Geld, das frisch aus der Waschmaschine kommt. Von diesem Geld ausgehend aber eine Vortat festzustellen und zweifelsfrei zu beweisen, ist unheimlich schwierig."

Manchmal gelingt es, diese Verbindung herzustellen. Im Fall eines jungen Mannes etwa, der als Hartz-IV-Bezieher mehrere Eigentumswohnungen in Berlin kaufte – sein Bruder war zuvor an einem Überfall auf eine Sparkasse im Stadtteil Mariendorf beteiligt, bei dem 9,4 Millionen Euro geraubt wurden. Oft bleibt die Beute aber auch schlicht verschwunden. Die hundert Kilogramm schwere Goldmünze etwa, die Mitglieder eines arabischen Clans auf spektakuläre Weise aus dem Berliner Bode-Museum gestohlen haben sollen? Vermutlich ist sie längst eingeschmolzen und in Barrenhäppchen verkauft worden. Oder die Beute des Überfalls auf das KaDeWe 2014 kurz vor Heiligabend, bei dem die Täter innerhalb von nur 79 Sekunden Rolex-Uhren und Schmuck im Wert von 817 260 Euro erbeuteten. Das Geld steckt womöglich längst in Immobilien und teuren Autos oder liegt auf Konten in Libanon.

In Berlin hat Andreas Frank zu Mittag gegessen, es gab Sushi. Seine Gegner sind keine Kleinkriminellen, sondern mächtige Verbrecher, hat er da nicht Angst? „Alle meine Unterlagen sind doppelt und dreifach gesichert", sagt er. „Die Gegner wissen: Wenn sie mir etwas tun, dann wird es schlimmer für sie." Wenn so jemand anrufe, da müsse man einfach auflegen. Das sagt er, als ginge es um Telefonwerbung, und steigt in ein Taxi.

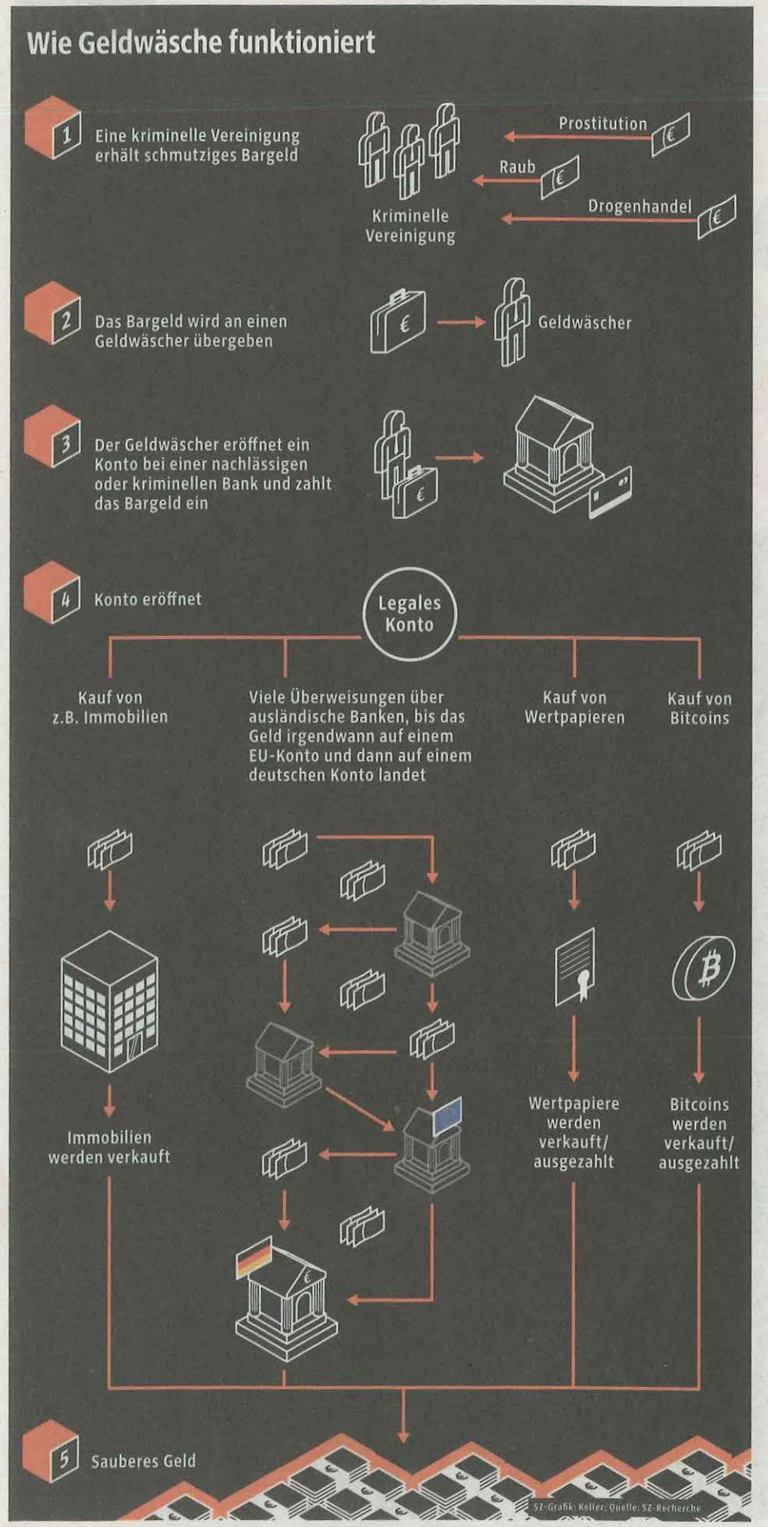
„Geldwäsche ist einer der ‚Motoren des Verbrechens', die ein weltweites Milliardengeschäft am Laufen halten", heißt es in einem aktuellen Bericht von Europol, der Polizeibehörde der Europäischen Union. Demnach gibt es Kartelle, die in den zunehmend globalen und virtuellen Finanzmärkten einen Großteil der Geldwäsche-Systeme beherrschen. Sie bieten Kriminellen ihre Dienste an und nutzen Lücken im Kontrollsystem der Finanzmärkte aus.

Dass illegal erwirtschaftetes Vermögen von Deutschland ins Ausland wandert und auch wieder zurück, ist eine gängige Praxis. Ermittler erzählen von Geld, das bei Raubüberfällen oder durch Drogenverkauf erbeutet wurde und nach Libanon oder in die Türkei fließt. Dort sind dann auf einmal Tanten und Onkel der mutmaßlichen Täter sehr reich. Doch deutsche Ermittler, die dem Geld folgen, scheitern kurz vorm Ziel. Weil die Behörden in dem jeweiligen Land kaum kooperieren. Manchmal dauern die Untersuchungen Jahre – und die Tante hat das Geld längst wieder nach Deutschland überwiesen.

Die Deutschen sind immer noch bargeldverliebt. Das hilft den Verbrechern

Es geht auch immer noch ganz klassisch, zumal in bargeldverliebten Ländern wie Deutschland. Vor Kurzem wurden 14 Mitglieder einer Geldwäscherbande in Paris zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Über Jahre hinweg fuhren die libanesischstämmigen Männer durch Europa, im Kofferraum kleine Scheine. Das Geld stammte aus dem Verkauf von Kokain im Auftrag kolumbianischer Kartelle. Die Männer kauften bei den immer gleichen Juwelieren teure Uhren und Schmuck. Eine Million Euro soll die Bande auf diese Weise pro Woche gewaschen haben. Den Schmuck verkauften sie weiter, behielten eine Provision und schickten die Millionen über Libanon zurück zu den Kartellen nach Kolumbien.

Andreas Frank hat dieses Riesengeschäft im ganz Kleinen kennengelernt, in der süddeutschen Provinz. 1994, sein Erweckungserlebnis, wie er sagt: Ein Bekannter



200 Milliarden

Euro sollen über die estnische Filiale der dänischen Danske Bank gewaschen worden sein, mutmaßlich durch russische Hintermänner. Recherchen dänischer Zeitungen legen nahe, dass der russische Geheimdienst und Verwandte von Präsident Wladimir Putin zu den Kunden gehörten.

von ihm, ein angesehner Bankdirektor, ging regelmäßig in die staatliche Spielbank in Baden-Baden. Frank wusste: Der Banker war spielsüchtig und veruntreute Geld seiner Kunden, indem er deren Wertpapiere bei der Spielbank belieh. „Die Spielbank hat seine Sucht ausgenutzt", sagt Frank. „Und 90 Prozent der Spielbankgewinne gingen an den Staat." Frank sah den Staat als Hehler auftreten. Das konnte er nicht hinnehmen.

Frank beschwerte sich beim Regierungspräsidium, doch man wimmelte ihn ab. Kurz darauf bekam er einen Anruf der Finanzaufsicht, die von seiner vergeblichen Beschwerde erfahren hatte. Er sollte Beweise vorlegen. So bat Frank seine Schwiegermutter, ein Geld-Depot bei der Spielbank zu eröffnen. Von der Schweiz aus überwies er Geld auf das Bankkonto der Spielbank

Terrorfinanzierung durch Geldwäsche – das hat zu einem Umdenken geführt

Baden-Baden – mit dem Verweis, dieses Geld bitte dem Depot der Schwiegermutter gutzuschreiben. Auf dem Überweisungsformular aber verschwieg er seinen Namen. „Die Empfängerbank hätte es nicht annehmen dürfen", sagt Frank, das Geldwäschegesetz untersage eine anonyme Überweisung. Er berichtete der Finanzaufsicht von seiner Falle, und die Behörde verbot dem Casino, Geld-Depots für Spieler anzubieten. So begann die Karriere eines Hartnäckigen, Frank fing an zu kämpfen. Andere würden sagen: Er fing an zu nerven.

Die ersten Jahre hatte Frank eine Homepage, die Berichte kommentierte er auf Englisch, sauber mit Quellenverweis, eine undankbare Fleißarbeit – bis Gerhard Schick diese Arbeit entdeckte. Schick war der frühere Finanzexperte der Grünen und zwischen 2009 und 2012 im Bundestag für Geldwäschebekämpfung zuständig. Er machte Frank zum Sachverständigen. Der Mahner wurde nun ernst genommen. Beliebt gemacht hat er sich nicht unbedingt.

Franks Taxi fährt am Bundesfinanzministerium vorbei. Immer wieder bittet er dort um Termine, aber weder der frühere Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) noch dessen Nachfolger Olaf Scholz (SPD) haben Zeit für ihn. Auch Staatssekretär Jörg Kukies, wie Frank ein Mann mit Goldman-Sachs-Karriere, möchte ihn nicht treffen. Also kriegen sie Post. „So viele Briefe schreiben, bis die Leute die Nase voll haben. Das ist eine gute Art, wie man etwas erreichen kann", sagt Andreas Frank. In seinen Briefen warnt er davor, dass Kriminelle den deutschen Staat mit illegalem Geld unterwanderten. Er adressiert sie an deutsche Aufsichtsbehörden, den Europäischen Gerichtshof, Minister, Abgeordnete.

Einmal schrieb er der EU-Kommission und beschwerte sich, Deutschland habe die Dritte Geldwäscherichtlinie von 2005 nicht umgesetzt. Diese Richtlinien geben den EU-Staaten einen großzügigen zeitlichen Spielraum, nicht alle haben es eilig mit der Umsetzung. Die EU-Kommission wiederum hat es nicht eilig mit ihren Rügen. „Frank hat damals Druck gemacht, dass die EU-Kommission Deutschland auf die Finger schaut", sagt Sven Giegold, Finanzexperte der Grünen im EU-Parlament. „Für diese Aktion zolle ich ihm Respekt."

Im Februar 2019 schließlich erteilte die EU-Kommission der Bundesregierung eine Rüge, weil sie die Vierte Richtlinie zum Geldwäschegesetz nicht richtig umgesetzt hat. Das hätte bis 2017 passieren müssen. Fragt man beim Bundesfinanzministerium nach, verweist das Amt auf die „fristgerechte Umsetzung". Aber war sie auch vollständig? „Unterschiedliche Auffassungen zur Vollständigkeit einer Richtlinien-Umsetzung sind dabei nicht ungewöhnlich."

Sucht man in Brüssel bei der EU-Kommission nach dem zähen Kampf gegen Geldwäsche, kann man sicher sein, dass Andreas Frank schon da ist, zumindest einer seiner Briefe. „Ich kann nicht erkennen, dass Beschwerden über die Probleme bei der Durchsetzung von EU-Gesetzen von Ihrer Abteilung geschätzt werden", heißt es in dem Brief, der an diesem Tag angekommen ist. Dem Tag, an dem sich im Europäischen Parlament der Ausschuss für Finanzkriminalität trifft, um den größten Geldwäscheskandal der Geschichte aufzuarbeiten.

Mehr als 200 Milliarden Euro sollen über die estnische Filiale der dänischen Danske Bank gewaschen worden sein, mutmaßlich durch russische Hintermänner. Recherchen dänischer Zeitungen legen nahe, dass der russische Geheimdienst und Verwandte von Präsident Wladimir Putin zu den Kunden gehörten. Das Geld floss auch über Konten der Deutschen Bank ab. Erst durch einen Whistleblower erfuhren die Behörden davon.

Der Danske-Fall verdeutlicht einen fatalen Missstand in der Finanzbranche: Eigentlich müssen Banken genau ermitteln, von wem eine Zahlung kommt und ob das Geld mit legalen Geschäften verdient wurde und nicht etwa durch Steuerhinterziehung oder Drogenhandel. Verdächtige Zahlungen müssen sofort angezeigt werden bei der neuen Geldwäsche-Spezialeinheit „Financial Intelligence Unit" (FIU). Versäumen die Banken das, aus Schlamperei oder gar Absicht, drohen Milliardenstrafen.

Die deutsche FIU, die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, aber kommt den Verdachtsmeldungen nicht hinterher. Die Kölner Behörde, die dem Zoll angegliedert ist, gilt als hoffnungslos überfordert. Zudem gibt es in Europa viele unterschiedliche Vorschriften, wie Banken die Identität ihrer Kunden erfassen sollen. Geldwäscher nutzen diese Unübersichtlichkeit aus: Gelingt es ihnen, illegal erworbenes Geld auf das Konto einer unachtsamen oder kriminellen Bank in der EU zu überweisen, können sie riesige Beträge waschen.

Die EU-Bank (etwa die Danske) leitet die Gelder nämlich an eine sogenannte Korrespondenzbank weiter (zum Beispiel an die Deutsche Bank). Korrespondenzbanken sind Banken, über die Kreditinstitute ihre Finanzierung des Außenhandels abwickeln, die also das Geld, das sie von ausländischen Banken erhalten haben, nur weiterreichen. Korrespondenzbanken sind nun nicht verpflichtet, die Herkunft der Gelder zu prüfen – weil die aus einem EU-Land stammen, gelten sie automatisch als sauber.

„Es gab in den EU-Mitgliedsstaaten lange Zeit kein Bewusstsein für das Problem. Früher dachte man: Geldwäsche in Europa? Wir doch nicht!" Das sagt Renate Nikolay, seit 2014 Kabinettschefin der zuständigen Justizkommissarin. Sie ist die Deutsche, die der eigenen Bundesregierung im Februar die Rüge erteilt hat. In ihrem Büro im zwölften Stock des EU-Kommissionsgebäudes erzählt sie von der Entwicklung, die gerade zu einem Umdenken führt: Terrorfinanzierung durch Geldwäsche. „Durch den Terror ist das Problem der Geldwäsche nun aus der Schmuddelkiste raus", sagt Renate Nikolay.

Die in Paris verurteilte Bargeld-Bande etwa wird mit der Hisbollah in Verbindung gebracht, der libanesischen Miliz, die der EU-Rat auf seiner Terrorliste führt. Die Entwicklung hat natürlich auch Andreas Frank erreicht. Er reist mittlerweile nicht nur zu einschlägigen Behörden, sondern auch zum International Institute for Counter-Terrorism in Tel Aviv.

Nikolay kennt Andreas Frank nicht persönlich, sehr wohl aber seine Zuschriften. Ob er nervt? Nikolay antwortet mit professioneller Diplomatie: „Man braucht Leute, die das zu ihrem Thema machen. Das ist gut, weil es uns auch anschiebt."

„Da lass ich nicht mehr los, da können sie mich totschlagen", sagt Andreas Frank

Was schiebt Andreas Frank an? Das ist die eine Frage, die bleibt. Frank stammt aus einer Unternehmerfamilie. Haltung, Anstand, Gerechtigkeit waren Begriffe, mit denen er groß geworden ist. So habe er auch seine zwei Söhne erzogen, sagt er: Nicht nur an sich selbst denken, wach sein, der Gemeinschaft dienen, sagt er im Taxi durch Berlin. Draußen weht der Wind.

Er wisse ja, dass die Welt schlecht sei, sagt er. Aber aufgeben hieße, dass er den Kampf verloren gäbe. Wenn er mal was anfange, dann ziehe er es durch, wie ein Hund, der sich festgebissen habe. „Da lass ich nicht mehr los, da können sie mich totschlagen."

Die andere Frage, die bleibt: Warum wird nicht mehr getan gegen Geldwäsche? Frank glaubt: EU-Regierungen wollten Geldwäsche nicht wirklich bekämpfen, weil ihre Wirtschaften zu sehr von dem ganzen Geld profitierten. Er weiß, dass sein Verdacht ungeheuerlich ist, aber er kann sich die Tatenlosigkeit nicht anders erklären. Er macht sich Sorgen. „In den nächsten drei bis fünf Jahren entscheidet sich die Zukunft von Deutschland", sagt er. Es klingt nach einer Warnung.

2018 ließ Berlins Innensenator 77 Immobilien beschlagnahmen, die ein Clan gekauft hatte

In Berlin ist Andreas Frank endlich beim Treffen von Transparency International angekommen. Er ist Gast, spricht hinter verschlossenen Türen mit Experten. Es geht um die Frage, ob Wirtschaftsprüfer, die Einblick haben in die Bücher der Banken und verdächtige Zahlen erkennen können, für Geldwäsche sensibilisiert sind. Sind sie nicht, sagt Frank später, er zeigt auf seinem Handy eine Grafik: In Deutschland haben die Wirtschaftsprüfer in einem Jahr nur fünf Verdachtsmeldungen abgegeben, in Frankreich etwa waren es 665. Andreas Frank fühlt sich bestätigt in seiner Sorge. Das ist manchmal alles, was er von so einer Reise erwarten kann.

„Wir haben zu lange weggeschaut", sagt auch Berlins Innensenator Andreas Geisel. Doch es tut sich was. Ein 2017 verabschiedetes Gesetz erlaubt es Gerichten, Vermögenswerte und Gelder einzuziehen, wenn davon auszugehen ist, dass sie durch Straftaten erlangt wurden. 109 Millionen Euro illegales Vermögen will die Stadt nun einziehen. Geisel lässt etwa Imbissbuden schließen wie jene in Neukölln, die „Bei Papa" hieß und dem Sohn eines Clan-Chefs gehörte. In acht Monaten soll der Imbiss 400 000 Euro erwirtschaftet haben, obwohl vor der Pommesbude nie eine Schlange gesehen wurde. In einer spektakulären Aktion ließ Geisel vergangenes Jahr auch 77 Immobilien beschlagnahmen, die Mitglieder der Großfamilie Remmo mit illegalem Geld gekauft haben sollen.

„Vermögensabschöpfung ist die einzige Art, wie wir uns schützen können", sagt Andreas Frank, „endlich hat der Staat auch mal gezeigt, dass man mit ihm eben nicht alles machen kann." Er klingt ungewöhnlich zufrieden, wenn auch nicht zuversichtlich. Seine Gegner wissen, wie sie selbst zu kämpfen haben – die mutmaßlichen Geldwäscher in Berlin haben die besten und teuersten Anwälte der Stadt engagiert.

Ein anderer Tag, halb acht Uhr abends in Pforzheim. Andreas Franks Frau Dagmar hat für diesen Tag einen Filmabend im kommunalen Kino organisiert, die Veranstaltung ist ausverkauft. Ihren Mann kennt sie seit der Kindheit. „Als ich elf war und er 13, hat er mir gesagt: Ich heirate dich. Ich hab ihn zwar noch ein bisschen zappeln lassen, aber der Andi gab eben schon damals nie auf", erzählt Dagmar Frank, schicke Kleidung, kurze blonde Haare, dezentes Make-up. Sie betreibt heute selbst eine Internetseite über Geldwäsche und Korruption – die ihres Mannes mussten sie 2015 abschalten, weil sie von Hackern häufig lahmgelegt worden war.

Kabinettschefin Renate Nikolay hat Deutschland im Namen der EU-Kommission gerügt.
FOTO: EUROPEAN COMMISSION

Jeden Morgen steht sie zwischen sechs und sieben Uhr auf, durchforstet Zeitungen wie *Financial Times*, NZZ und israelische Blätter nach Nachrichten zu ihrem Thema. Auf ihrer Website veröffentlicht sie ihre Funde, versehen mit passenden Cartoons. Sie sei eine Frau mit „einem bewundernswerten Biss", sagt Herta Däubler-Gmelin. Die frühere Bundesjustizministerin berät heute Konzerne, wie sie Whistleblower-Richtlinien aufstellen können. An diesem Abend wird sie nach dem Film an der Podiumsdiskussion teilnehmen.

Warum kämpft die Politik nicht engagierter gegen Geldwäsche? „Das hatte lange keine Priorität", gibt Herta Däubler-Gmelin zu, „aber das ändert sich gerade, weil inzwischen klar ist, dass wir damit wirklich ein Problem haben." Die Öffentlichkeit habe sich nicht so sehr für das Thema interessiert. Was herauszuhören ist: Wenn es die Bürger nicht kümmert, halten es auch die Politiker für nicht so wichtig; wenn damit keine Wahlkämpfe zu gewinnen sind, dann wird das Thema nicht ernst genommen.

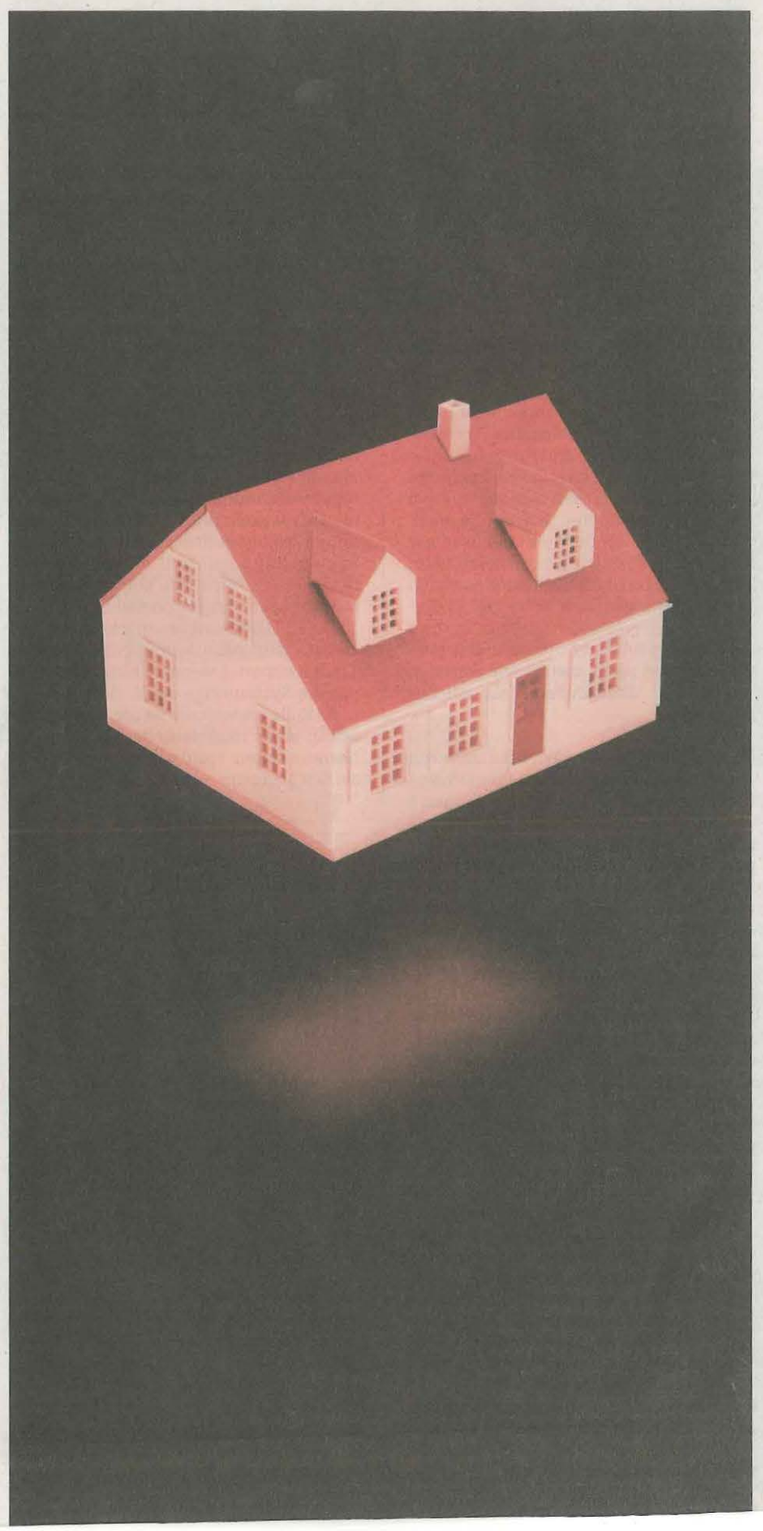
Der Dokumentarfilm heißt „Offshore. Elmer und das Bankgeheimnis". Rudolf Elmer ist jener Whistleblower, der die Offshore-Geschäfte der Schweizer Privatbank Julius Bär offenlegte und damit wesentlich zum Ende des strengen Schweizer Bankgeheimnisses beigetragen hat. Er ist an diesem Abend selbst da, erzählt, wie er denunziert, von Detektiven verfolgt, in Untersuchungshaft gesteckt und schließlich rehabilitiert wurde.

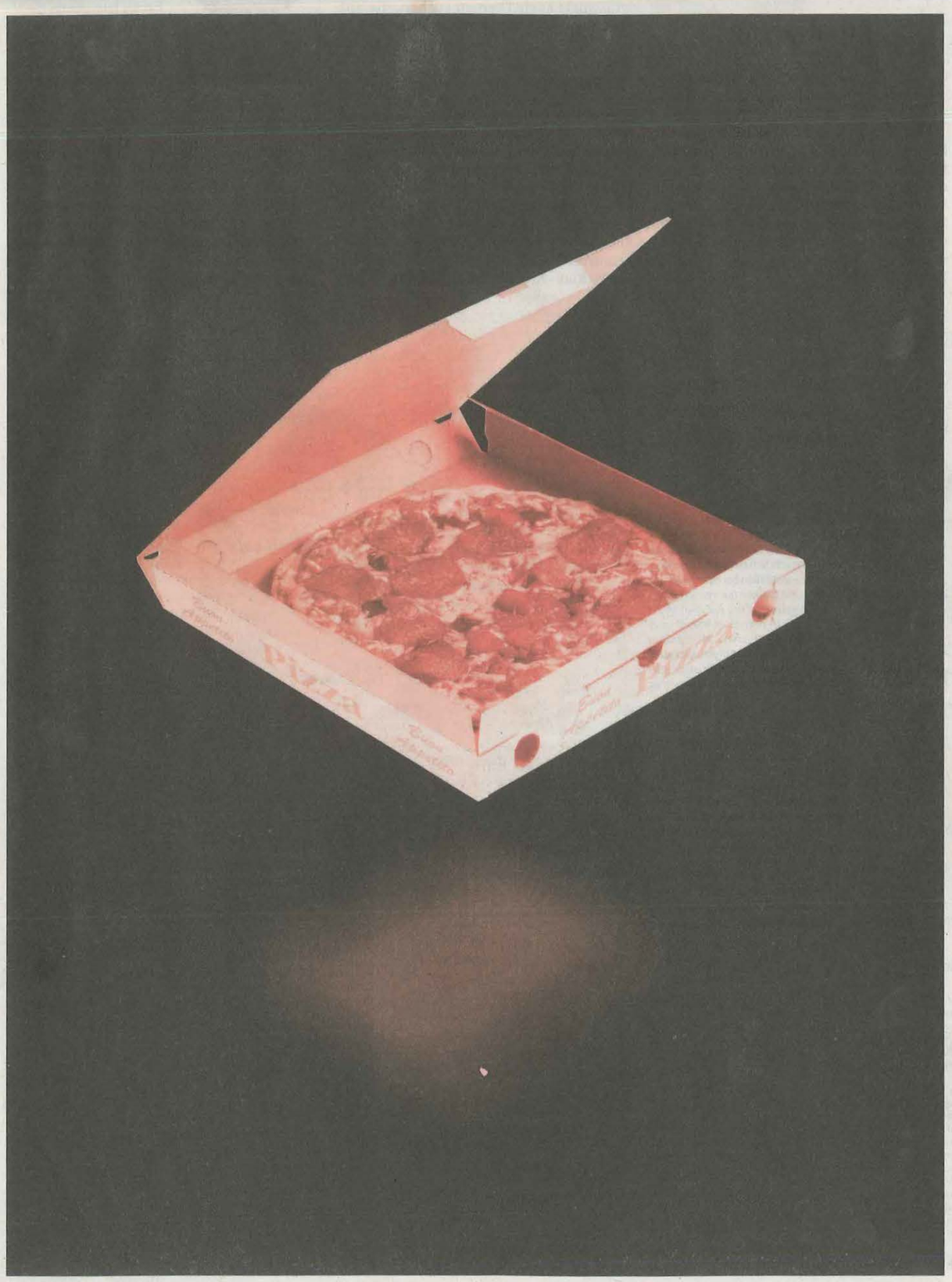
Die Franks kennen das Gefühl, bedroht zu werden. Zu Hause vertrauen sie auf Hündin Camilla, einen Rottweiler. „Die lassen Einbrecher rein", sagt Andreas Frank,

Statt in Urlaub fuhren die Franks kürzlich nach Paris – zum Anti-Korruptions-Forum

„aber nicht mehr raus." Ihr Bungalow ist mit den Jahren zum Salon für Whistleblower geworden. Einst brachte das Paar auch zwei Frauen unter, die bei einer Bank Missstände aufdecken wollten und ihren Job verloren. „Mächtige Netzwerke kann man nur im Netzwerk bekämpfen", sagt Frank.

Wollen sie sich nicht mal zur Ruhe setzen, unter ihren Mammutbäumen im Garten liegen, zusammen verreisen? Kürzlich seien sie gemeinsam in Paris gewesen, erzählen die beiden Rentner dann. Da mussten sie einfach hin. Sie waren auf einem Anti-Korruptions-Forum.





109

Millionen

Euro illegales Vermögen will Berlin aufgrund eines 2017 verabschiedeten Gesetzes zur Vermögensabschöpfung einziehen. Das Gesetz erlaubt es Gerichten mittlerweile, Immobilien, Autos und Bargeld zu beschlagnahmen, wenn davon auszugehen ist, dass diese Vermögenswerte und Gelder durch Straftaten erlangt wurden.

„Politisch wird das Thema vergeigt“

Der Kriminalbeamte Sebastian Fiedler über die schwierige Bekämpfung von Geldwäsche

SZ: Herr Fiedler, warum ist es so schwer, gegen Geldwäscher zu ermitteln?
Sebastian Fiedler: Geldwäsche funktioniert besonders gut, wenn sie anonym und intransparent gehalten und möglichst verschachtelt organisiert ist. Auf Seiten der Ermittler braucht es da Kompetenz einerseits im klassischen kriminalistischen Sinne, andererseits aber auch im Bereich der Wirtschafts- und Finanzkriminalität. Ermittelt wird zudem fast immer auf internationaler Ebene.

Deutschland gilt im Ausland als Paradies für Geldwäscher, warum ist das so?
Es fängt schon an mit der hier weit verbreiteten Bargeldnutzung. Man kann mit Schwarzgeld in unbegrenzter Höhe Schmuck oder Autos bar bezahlen und das Geld so in den Wirtschaftskreislauf einschleusen.

Bargeldgeschäfte sind plakativ, aber heute wird das meiste Schwarzgeld doch über Scheinfirmen im Ausland und internationale Finanzströme gewaschen. Wie funktioniert das?
Ein Beispiel: Ein Großhändler aus dem Ausland bestellt Güter in Deutschland, der liefert sie ihm. Die Rechnung wird von einem mit Schwarzgeld gefüllten Konto aus einem dritten Land bezahlt, ohne dass das dem deutschen Händler auffällt.

Warum wird das nicht unterbunden?
Der deutsche Güterhandel ist in der Masse nicht präpariert, um Geldwäsche zu erkennen, obwohl er seit Ewigkeiten gesetzlich dazu verpflichtet ist. Für die Überwachung sind in jedem Bundesland andere Behörden zuständig, denen fehlt oft die Fachkenntnis. Es gibt zum Beispiel eine Bezirksregierung in Nordrhein-Westfalen, die beaufsichtigt sämtliche Güterhändler mit nicht einmal eineinhalb Stellen. Solche Missstände kennen auch die Kriminellen.

Würde mehr Transparenz helfen?
Ja, zum Beispiel mit einem europaweiten Immobilienregister und einem besseren Unternehmensregister, in dem der wirtschaftlich Berechtigte verzeichnet sein muss. Auf der Ermittlerseite brauchen wir mehr Kompetenzen für die europäische Staatsanwaltschaft und mehr Kompetenz für Europol. Nationales Denken ist hier völlig verkürzt.

Wie wird heute auf europäischer Ebene gegen Geldwäsche vorgegangen?
Da wechselt immer mal wieder die Zuständigkeit innerhalb der EU-Kommission. Es gibt dort viel zu wenig Personal, um zu kontrollieren, ob die Mitgliedstaaten die Geldwäsche-Regeln wirklich einhalten.

Und wie verhält sich die deutsche Politik?
Das Thema wird da regelmäßig vergeigt. Die Politik ist nicht willens oder in der Lage, adäquate Entscheidungen zu treffen. Es ist auch nicht gut, dass die Zuständigkeit im Finanzbereich liegt. Nur wenige Finanzpolitiker haben Ahnung vom Thema. Wolfgang Schäuble etwa hat als Bundesfinanzminister das Geldwäscheverdachtsmeldewesen komplett vor die Wand gefahren.

Indem er es reformiert hat?
Die Zuständigkeit wurde 2017 dem Bundeskriminalamt genommen und dem Zoll zugeschlagen. Obwohl alle Regierungsparteien Bescheid wussten, dass es nicht funktionieren würde, wenn die Verdachtsmeldungen zur Geldwäsche beim Zoll eingehen. Da ist bis heute eine fünfstellige Zahl an Meldungen liegen geblieben. Das ist ein Skandal.

Die deutsche Strafjustiz bekomme nur 0,5 Prozent des Schwarzgeldes zu fassen, sagten Sie bereits 2010. Und heute?
In den neun Jahren seither hat sich nicht besonders viel verbessert. Die Vermögensabschöpfung macht immerhin Hoffnung: Immer häufiger werden verdächtige Immobilien oder Autos beschlagnahmt. In dem Bereich fehlt noch Personal, aber wenn man einen Lichtblick im Kampf gegen Geldwäsche nennen möchte – das ist einer.

In der politischen Debatte über Geldwäsche geht es fast nur um Clans. Sehen Sie die auch als das größte Problem an?
Nein, wir müssten um ein Fünfzigfaches mehr über die Mafia reden. Dass wir das so wenig diskutieren, ist aus deren Sicht schon ein Erfolg. Clans sind wie mittelständische Unternehmen, bei der Mafia aber geht es um global agierende Konzerne. Deswegen lautet die eigentliche Frage, etwa im Fall der kalabrischen Mafia: Wie zerschlage ich einen Konzern, der mehr Umsatz erwirtschaftet als Facebook?

INTERVIEW: J. WILLMROTH, M. ZYDRA

Sebastian Fiedler ist Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und gilt als Experte im Bereich der organisierten Kriminalität. Dem 1968 gegründeten BDK gehören rund 15 000 Kriminalbeamte an. FOTO: IMAGO